

An die
Medien

Dortmund

14.03.06

PRESSEMITTEILUNG

FDP und Spritzenautomaten: Angeblicher Sparzwang bedroht Menschen und Finanzen

Der von der FDP-Fraktion verteidigte angebliche Sparzwang der Landesregierung bei der Streichung der Mittel für die Spritzenautomaten der AIDS-Hilfe stößt bei der Ratsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auf Unverständnis und Empörung.

Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion: „Was soll das für ein Sparzwang sein, wenn es um landesweit insgesamt gerade mal 15.000 Euro für 100 Spritzenautomaten der AIDS-Hilfe geht? Da gibt es nichts zu verteidigen: 15.000 Euro sind selbst für einem maroden Landeshaushalt eine lächerliche Summe. Und die steht in keinem Verhältnis zu den Folgen, die bei einer Streichung drohen – sowohl menschlich als auch finanziell.“

Im Gespräch mit der AIDS-HILFE in der vergangenen Woche hatte die GRÜNE Fraktion erfahren, dass an den beiden Autoamten alleine in Dortmund jährlich ca. 30.000 „Packs“ mit Spritzen, Nadeln und anderen safer-use-Utensilien gezogen werden. Das führt zu einer Vermeidung von Infektionen mit HIV oder Hepatitis in jährlich zehntausenden Fällen des Drogenkonsums und schützt die Betroffenen vor zusätzlichen gesundheitlichen Schäden ihrer Sucht.

Birgit Unger: „Die medizinische Betreuung eines HIV-infizierten Menschen kostet ca. 50.000 Euro jährlich. Das zeigt zusätzlich zum menschlichen Leid den Irrsinn des so genannten Sparzwangs: 15.000 Euro Einsparungen landesweit stehen eventuelle Mehrkosten im Gesundheitssystem in ungleich größerer Höhe gegenüber. Das ist abstrus! Die schwarz-gelbe Landesregierung wird hier gleich in mehrfacher Hinsicht ihrer Verantwortung nicht gerecht!“

Dazu kommt, so Unger, dass bei einer Zerschlagung des momentanen, durch die AIDS-Hilfe NRW organisierten, gut funktionierenden landesweiten Systems auch die Kosten bei einer notwendigen Neuorganisation vor Ort immens steigen würden. Während im Moment von den 15.000 Euro Landesmitteln der zentrale Sammel-Einkauf, Wartung, Verwaltung und Versicherung der Automaten in ganz NRW bezahlt werden, würden alleine die Anschaffung neuer Automaten in Dortmund einmalig mindestens 5000 Euro sowie der Einkauf der Materialien bei einem kommerziellen Anbieter ca. 11.000 Euro jährlich kosten.

Birgit Unger: „Vor diesem Hintergrund kann es aus Sicht der GRÜNEN vorrangig nicht darum gehen, die geplanten Kürzungen mit städtischen Mitteln aufzufangen. Die FDP wäre glaubwürdiger, wenn sie sich stattdessen mit aller Kraft zuerst an ihre eigene Landesregierung wenden würde, um die geplanten Einsparungen noch zu verhindern.“

Nichtsdestotrotz, so Unger, muss man darauf vorbereitet sein, dass die Kürzungsabsichten auch in weiteren Bereichen der Drogenhilfe umgesetzt werden. Für diesen Fall soll im Sozialausschuss im Mai über die zu erwartenden negativen Auswirkungen im Gesamtangebot der Drogenhilfe beraten werden.